



NIEDERSCHRIFT

25. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat (Wahlperiode 2013 - 2018)

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.03.2016
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:25 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Dr. Marek Lengen - SPD
Frau Heidemarie Menorca - CDU
Frau Kerstin Metzner - SPD
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU
Herr Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Frau Stephanie Göhler - Bü90/DIEGRÜNEN

Herr Joachim Hess - CDU

Herr Rolf Müller - FDP

Frau Liane Rüter - CDU

Herr Martin Böhlke - BfL

Herr Matthias Bünenfeld - Die PARTEI-PIRATEN

Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE

Herr Christoph Otte - SPD

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU

Vertretung für:
Herrn Rathcke, Thomas

Vertretung für:
Herrn Mauritz, Jochen

Vertretung für:
Herrn Wegner, Olaf

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Reinhard Rocksien	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Frau Claudia Sonntag	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Oliver Bäh	3.370 Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Peter Tengler	Personalrat Feuerwehr
Herr Wolfgang Wiese	Lübeck Port Authority
Herr Norbert Trabs	Polizeidirektion Lübeck
Herr Matthias Rösing	Polizei
Herr Detlev Zawadzki	Polizei

Sonstige Personen

Herr Jörg Clement - Naturschutzbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Fries-Pieter Frieze - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Klaus-Dieter Zander - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Jochen Mauritz - CDU	entschuldigt
Herr Thomas Rathcke - FDP	entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Olaf Wegner - BfL	entschuldigt
------------------------	--------------

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Polizeibeirat**
 - 3.1. Mitteilungen der Polizeidirektion**
 - 3.1.1 Kriminalstatistik
 - 3.2. Neue Anfragen an den Polizeibeirat**
- 4. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 16.02.2016**
- 5. Mitteilungen**
 - 5.1. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
 - 5.1.1 Informationsveranstaltungen MELUR und IAG
 - 5.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
 - 5.2.1. Sachstand Wirtschaftlichkeitsgutachten Feuerwehr
 - 5.2.2. Jahresbericht 2015 Jugend-Naturschutz-Hof Ringstedtenhof
 - 5.2.3. Schreiben des Klima-Bündnis-Vorstands zum 25. Jubiläum des Bündnisses
 - 5.2.4. 91. Verkehrserziehung für Kinder und Jugendliche
 - 5.2.5. Strandbahnhof - Baumfällungen
 - 5.2.6. Earth-Hour 2016 / Dokumentarfilm „Power to Change – Die Energierebellion“
 - 5.3. Beantwortung von Anfragen**
 - 5.3.1. Brückenbau Büssau
 - 5.3.2. Satzung Stadtfeuerwehrverband, Auswirkungen des Brandschutzgesetzes, Beteiligung Gremien
 - 5.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
 - 5.4.1. Meldewesen in Lübeck Vorlage: VO/2016/03490
- 6. Anträge**
- 7. Vorlagen**
 - 7.1. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum abwehrenden Brandschutz und der Technischen Hilfe mit der Stadt Bad Schwartau Vorlage: VO/2016/03387

8. Berichte und Antworten

- 8.1. Sachstand Fischaufstiegsanlage Wakenitz (5.691) Vorlage: VO/2016/03446

9. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 9.1. Anfrage Herr Röttger - Schwelbrand Holzspänehaufen
9.2. Anfrage Frau Menorca - Transitflüchtlinge Walli
9.3. Anfrage Frau Menorca - verwaarloste Häuser im Lübecker Stadtgebiet

Nichtöffentlicher Teil:

10. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 16.02.2016

11. Mitteilungen

12. Vorlagen

13. Berichte und Antworten

14. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 14.1. Anfrage Herr Röttger - Räumung Windwurffläche Waldhusen
14.2. Anfrage Herr Zahn - Sachstand in Sachen Zuverlässigkeit der Geschäftsführung eines Taxibetriebs

Öffentlicher Teil:

15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Mählenhoff eröffnet die 25. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Frau Mählenhoff stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Mählenhoff beantragt das Vorziehen des TOP 8.1 mit Rücksicht auf den dazu eingeladenen Gast.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Frau Mählenhoff beantragt die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Polizeibeirat

zu 3.1 Mitteilungen der Polizeidirektion

zu 3.1.1 Kriminalstatistik

Herr Zawadzki stellt die Zahlen vor, die bereits in den Lübecker Nachrichten vom 10.03.2016 veröffentlicht worden sind.¹ Insgesamt seien knapp 23.000 Straftaten zu verzeichnen gewesen. Dies sei der niedrigste Stand seit 10 Jahren und dieser Rückgang liege im Landestrend. Dennoch müsse erwähnt werden, dass auch die Aufklärungsquote gesunken sei. Nur jede zweite Straftat werde aufgeklärt.

Nachfragen der Ausschussmitglieder Martens (Täter Wohnungseinbrüche), Göhler (Sexualdelikte), Metzner (Fahrraddiebstähle), Hess (statistische Erfassung der Opfergruppen, z.B. Senioren), Menorca (kleine Polizeistationen), Müller (Aufklärungsquote) und Zahn (Kriminalität Stadtteile, Verkehrsdelikte) beantworten die Herren Zawadzki, Rösing und Trabs. Demnach würden Einbrüche teils von örtlichen Tätern und teils von überregionalen Banden durchgeführt. Bei Sexualdelikten sei ein leichter Rückgang zu verzeichnen, obwohl hier die Dunkelziffer vermutlich viel höher sei. Bei der statistischen Auswertung werde die Opfergruppe nicht erfasst. Kleine Polizeistationen in den Nachstunden mit Personal zu besetzen, werde als nicht zielführend erachtet. Sinnvoller sei es, dass die Polizei mit Streifenwagen auf der Straße Präsenz zeige.

¹ Anlage 1 Die Anlagen zur Niederschrift sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

Bei einem Einsatz würden die Beamten durch die Einsatzleitstelle zügig zum Einsatzort geschickt. Der Bürger werde aber nicht allein gelassen. An den Stationen befinde sich ein Klingelknopf. Wer die Station aufsucht, werde per Sprechanlage mit einem Beamten im nächsten Polizeirevier verbunden. Von dort werde dann der nächste Streifenwagen alarmiert. Bei der Aufklärungsquote müsse man die verschiedenen Deliktarten betrachten. So liege bei Tötungsdelikten die Aufklärungsquote bei 100%. Bei Einbrüchen liege die Aufklärungsquote bei ca. 10%. Die Täter hinterließen hier kaum Spuren. In fast allen Stadtteilen seien die Zahlen gesunken. Den deutlichsten Rückgang gab es in Moisling mit fast 20%. Nur in Kücknitz und Schlutup sei die Kriminalitätsrate gegen den Trend angestiegen. In der Statistik würden alle bei der Polizei, Wasserschutzpolizei und Bundespolizei angezeigten Straftaten erfasst. Verkehrsdelikte gingen nicht in die hier vorgelegte Statistik ein.

Frau Mählenhoff beantragt das Anhörungsrecht für Frau Dowideit, welches der Ausschuss einstimmig beschließt.

Laut Frau Dowideit seien seit dem Wegfall des Umweltschutztrupps die Schulungen für Streifenbeamte für Umweltaufgaben noch nicht durchgeführt worden.

Herr Trabs erwidert, dass er dieses Thema mitnehmen werde. Momentan gehe der Einsatz der Kollegen in der Thematik Flüchtlinge vor. Dennoch werde polizeilicher Umweltschutz betrieben und die Bekämpfung von Umweltdelikten finde nach wie vor statt. Herr Zawadzki ergänzt, dass bei Umweltdelikten die Anzahl der Straftaten von 259 auf 176 gesunken sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

Es liegt nichts vor.

zu 4 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 16.02.2016

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 5 Mitteilungen

zu 5.1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

zu 5.1.1 Informationsveranstaltungen MELUR und IAG

Frau Mählenhoff macht nochmals auf die Informationsveranstaltung „Entsorgung freigegebener Abfälle aus dem Rückbau von KKW“ am 22.03.2016 und die Informationsveranstaltung der IAG für Fachausschussmitglieder der Lübecker Bürgerschaft am 13.04.2016 aufmerksam und bittet um Rückmeldung bzgl. einer Teilnahme.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 5.2.1 Sachstand Wirtschaftlichkeitsgutachten Feuerwehr

Herr Möller berichtet über die Verzögerungen bzgl. des Wirtschaftlichkeitsgutachtens zur Berufsfeuerwehr. So sei vor und nach dem Jahreswechsel der verantwortliche Gutachter längere Zeit erkrankt gewesen. Des Weiteren habe Kiel die weiterhin als "Vertraulich" gekennzeichnete letzte Entwurfsversion ins Kieler Ratsinformationssystem gestellt. Das erkläre sich wohl daraus, dass Kiel eine Ausdehnung der Brandschutzaufstellung empfohlen bekommen habe und die dortige Stadtverwaltung damit offensichtlich unbefangen umgehen wolle. Für Lübeck seien die inzwischen in den Medien verbreiteten Reduzierungen empfohlen worden. Dies habe aber Fragen der hiesigen Feuerwehrleitung bzw. der Lenkungsgruppe hervorgerufen, die z. T. bis jetzt noch nicht beantwortet seien. Der Gutachten-Auftrag umfasse auch eine Präsentation des Gutachtens vor dem Bürgermeister. Der Präsentationstermin habe am 10.03.2016 mit dem Bürgermeister, dem Gutachter und der Lenkungsgruppe stattgefunden. Von Seiten der Feuerwehr und der Fachbereichsleitung sei die Anmeldung einer Vorlage zur Senatsberatung und die Beratung in den Gremien im April vorgesehen.

Es sprechen die Ausschussmitglieder Wind-Olßon, Müller, Menorca und Martens.

Herr Zahn macht auf die Pressemeldungen und öffentlichen Diskussionen aufmerksam und appelliert an alle Ruhe zu bewahren und die Vorlage abzuwarten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.2 Jahresbericht 2015 Jugend-Naturschutz-Hof Ringstedtenhof

Herr Möller berichtet, dass der Jahresbericht 2015 vom Jugend-Naturschutz-Hof Ringstedtenhof vorliege und dieser der Niederschrift als Anlage beigefügt werde.²

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.3 Schreiben des Klima-Bündnis-Vorstands zum 25. Jubiläum des Bündnisses

Herr Möller berichtet, dass ein Schreiben des Klima-Bündnis-Vorstands zum 25. Jubiläum des Bündnisses eingegangen sei und dieses der Niederschrift als Anlage beigefügt werde.³

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.4 91. Verkehrserziehung für Kinder und Jugendliche

Herr Möller macht auf die 91. Verkehrserziehung für Kinder von 5 bis 10 Jahren aufmerksam. Veranstalter seien Verkehrslehrer der Polizeidirektion Lübeck und Johanniter mit Unterstützung des Rotary-Clubs „Lübeck-Burgtor“. Die Einzelheiten könne man dem als Anlage zur Niederschrift beigefügten Flyer entnehmen.⁴

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

² Anlage 2

³ Anlage 3

⁴ Anlage 4

zu 5.2.5 Strandbahnhof - Baumfällungen

Zum Sachverhalt teilt Herr Möller mit, dass der Investor seinen Baumfällantrag an den Bereich Umwelt-, Natur und Verbraucherschutz (UNV) übermittelte, nach dem aus verschiedenen Gründen Bäume zurückgeschnitten bzw. gefällt werden sollten.

Im Einzelnen handelte es sich um folgende 4 Fälle:

1. Es sollten an einem Einzelbaum Rückschnitte um 25 % durchgeführt werden, weil der Baum bereits geschädigt sei.
2. Ein Einzelbaum mit einem Stammumfang von ca. 120 cm und einem geringeren Abstand als 6 m zum Gebäude hin, sollte gefällt werden.
3. Eine Baumgruppe von 8 Bäumen mit einem Stammumfang von etwa 130 cm, sollte gefällt werden, da ein geringerer Abstand von 6 m zum Gebäude bestünde.
4. Eine Baumgruppe von 40 Bäumen nördlich der bestehenden Gleise mit einem Stammumfang von 50 cm bis 80 cm, sollte gefällt werden.

Hierzu sei eine Prüfung durchgeführt worden, ob es sich um den baurechtlichen Innenbereich nach § 34 BauGB oder den baurechtlichen Außenbereich nach § 35 BauGB handle. Diese Prüfung ergab, dass es sich um den baurechtlichen Außenbereich handle. Die städtische Baumschutzsatzung (BSS) finde sowohl im Innen- als auch im Außenbereich Anwendung. Aufgrund von nachbarlichen Telefonanrufen habe der Bereich UNV die Information erhalten, dass großflächig Baumfäll- und Rodungsarbeiten im Bahnhofsbereich in Travemünde stattfänden. Im Rahmen einer sofort durchgeführten Ortsbesichtigung habe der Bereich UNV die Baumfällarbeiten am 27.01.2016 mündlich untersagt und die mündliche Untersagung mit Bescheid vom 03.02.2016 schriftlich bestätigt. Hintergrund dafür sei der Umstand, dass der Investor auf einer Fläche von etwa 1.500 m² Bäume und Gehölze für einen Großparkplatz von über 140 Stellplätzen beseitigen lassen wollte und keine Baugenehmigung für ein solches Vorhaben vorlag. Es handle sich also um einen ungenehmigten Eingriff in die Natur.

Nunmehr würden von der Stadtplanung mit dem Investor Gespräche über die Zulässigkeit eines Parkplatzes geführt, worüber im Rahmen einer Bauvoranfrage und einer anschließenden Baugenehmigung im Zuge des § 35 BauGB entschieden werden soll. In diesem Zusammenhang würden dann auch die Belange des Naturschutzes berücksichtigt. Seitens der Stadtplanung schätze man in Anlehnung an die Vorgaben des Stellplatzerlasses und der angestrebten Nutzung im Strandbahnhof die Anzahl der Stellplätze von minimal 30 und maximal 45 Stellplätzen ein. Die Stadtplanung könnte sich die Anzahl von max. 45 Stellplätzen auf dem ehemaligen Bahnsteig unterhalb der früheren Überdachung vorstellen und bat um Prüfung, ob der Bereich UNV einer derartigen Stellplatznutzung zustimmen könne. Nach Auswertung des vorgestellten Lageplanes und einer internen Abstimmung sehe der Bereich UNV 30 bis maximal 45 Stellplätze im Außenbereich als naturschutzrechtlich noch genehmigungsfähig an.

Es sprechen die Ausschussmitglieder Göhler, Müller und Metzner. Eine Nachfrage von Herrn Zahn beantwortet Frau Hartmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.6 Earth-Hour 2016 / Dokumentarfilm „Power to Change – Die Energierbellion“

Herr Möller macht auf den umverteilten Flyer „Earth-Hour 2016“ aufmerksam. Die Aktion finde am 19.03.2016 in Zeit von 20:30 Uhr bis 21:30 Uhr statt und es könne sich jeder daran beteiligen. Des Weiteren finde am 17. März 2016 die Premiere des Dokumentarfilms „Power to Change – Die Energierbellion“ im Filmhaus Lübeck statt. Der Film werde vom 17.03. bis 23.03. gezeigt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Beantwortung von Anfragen

zu 5.3.1 Brückenbau Büssau

Anfrage siehe Sitzung des Ausschusses vom 16.02.2016 TOP 8.2.

Herr Möller teilt mit, dass die Prüfung durch die Untere Naturschutzbehörde (UNB) folgendes ergeben habe:

- „Bei der UNB liegen Planungsunterlagen und der Planfeststellungsbeschluss von 7.2012 vor.
- In die Unterlagen kann Einsicht genommen werden.
- Die Unterlagen selbst sind von 2008, die Prüfung durch die UNB erfolgte 2009.
- Eine Beratung zu den Planungsinhalten kann die UNB nicht anbieten, da die Beschäftigung damit zu lange her ist.
- Zuständige Planfeststellungsbehörde ist das Wasserstraßen-Neubauamt Magdeburg.
- Ansprechpartner dort: Herr Wieland, Tel. 0391 535 2145
- In den nächsten Wochen soll ein Plan-Änderungsverfahren begonnen werden (u. a. mehr Nassabgrabungen, Boden-Zwischenlagerfläche, Grenzen des Gebietes etc.).
- Die Brücke soll noch in diesem Jahr (3. Quartal) umgebaut werden.
- Auf Basis des Planfeststellungsbeschlusses wurden bereits 6 Linden gefällt, die nicht erhalten werden konnten.
- Baumersatz ist lt. Aussage von Herrn Wieland an gleicher Stelle nicht möglich, sondern an anderer Stelle vorgesehen.
- Da die Planungsunterlagen zwei gut gefüllte Ordner umfassen wird empfohlen, konkrete Fragen direkt an die Planfeststellungsbehörde (Herr Wieland, Tel. 0391 535 2145; Email allgemein: wna-magdeburg@wsv.bund.de) zu richten.“

Herr Müller bedankt sich für die Antworten und bittet zu gegebener Zeit um Informationen bzgl. der Beteiligung der Hansestadt im Zuge des Plan-Änderungsverfahrens.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.2 Satzung Stadtfeuerwehrverband, Auswirkungen des Brandschutzgesetzes, Beteiligung Gremien

Anfrage siehe Sitzung des Ausschusses vom 16.02.2016 TOP 8.3.

Es spricht Frau Metzner. Herr Schneider-Wendt teilt mit, dass Herr Radtke gern zu den Fragen Stellung beziehen würde, aufgrund anderer Termine an der heutigen Sitzung aber nicht teilnehmen könne.

Herr Möller schlägt vor, die Antwort des Bereiches Recht der Niederschrift beizufügen und das Thema in der nächsten Sitzung zu behandeln.⁵

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu und beschließt bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig die Vertagung des TOP, da kein Vertreter des Stadtfeuerwehrverbands anwesend ist.

zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 5.4.1 Meldewesen in Lübeck Vorlage: VO/2016/03490

Sitzung der Bürgerschaft am 25. Februar 2016

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.15 mit VO/2016/03424 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion DIE LINKE einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Meldewesen in Lübeck

Der Bürgermeister möge berichten:

1. Warum kommt es im Stadtteilbüro in der Julius-Leber-Straße oft zu langen Wartezeiten?
2. Wie lange werden vor der Schließung des Stadtteilbüros Julius-Straße noch Wartenummern vergeben? Werden alle Besitzer einer Wartenummer am gleichen Tage auch noch bedient.
3. Warum wird das Onlineangebot zur Terminvergabe in den Stadtteilbüros und der Zulassungsstelle am Meesenring 7 so wenig von der Lübecker Bevölkerung genutzt?
4. Gibt es von der Verwaltung Vorschläge zur Entlastung des Stadtteilbüros in der Julius-Leber-Straße und zur besseren Nutzung der Online-Terminvergabe in den Stadtteilbüros und der Zulassungsstelle am Meesenring 7?

Der Ausschuss beschließt bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 1 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß dem Antrag der Fraktion Die Linke zu verfahren.

Herr Möller beantwortet die Fragen und schlägt vor, diese der Niederschrift als Anlage beizufügen und damit den Antrag der Fraktion Die Linke als erledigt zu betrachten.⁶

Der Ausschuss beschließt bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, so zu verfahren und betrachtet damit den Antrag der Fraktion Die Linke als erledigt.

⁵ Anlage 5

⁶ Anlage 6

zu 6 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 7 Vorlagen

zu 7.1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum abwehrenden Brandschutz und der Technischen Hilfe mit der Stadt Bad Schwartau Vorlage: VO/2016/03387

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die als Anlage 1 beigefügte „Vereinbarung zwischen der Hansestadt Lübeck und der Stadt Bad Schwartau über die Unterstützung bei bestimmten Einsätzen des abwehrenden Brandschutzes und der Technischen Hilfe nach dem Brandschutzgesetz Schleswig-Holstein auf dem Stadtgebiet der Stadt Bad Schwartau“ abzuschließen.

Auf Nachfrage von Herrn Müller, weshalb die Vorlage in der letzten Sitzung nicht beraten worden sei, antwortet Herr Möller, dass im Senat noch Fragen zum § 4 der Vereinbarung aufgetreten seien und man diese noch klären müssen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 15-Jastimmen, 0-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 8 Berichte und Antworten

zu 8.1 Sachstand Fischaufstiegsanlage Wakenitz (5.691) Vorlage: VO/2016/03446 (vorgezogen)

Herr Wiese erläutert die Hintergründe der Berichterstattung.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 9 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 9.1 Anfrage Herr Röttger - Schwelbrand Holzspänehaufen

Herr Röttger berichtet, dass laut den Lübecker Nachrichten vom 02.03.2016 auf dem Gelände des Grünflächenamtes an der Mühlenbrücke am 29.02.2016 ein Schwelbrand in einem Holzspänehaufen ausgebrochen sei. Das dort beschriebene Vorgehen der Feuerwehr ist für ihn unverständlich. Da seiner Meinung nach keine Verwertung der Holzspäne mehr möglich sei fragt er, ob der entstandene Schaden durch die Feuerwehr ersetzt würde.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Anfrage Frau Menorca - Transitflüchtlinge Walli

Auf Nachfrage von Frau Menorca, ob die auf der Walli untergebrachten Transitflüchtlinge weniger würden und wann das Grünflächenamt das Haus zurückbekomme antwortet Herr Möller, dass zurzeit fast keine Transitflüchtlinge in Lübeck ankämen. Vertragspartner bei der Vermietung und bei der Rückgabe des Hauses seien Vertreter der Walli und der Bürgermeister.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 Anfrage Frau Menorca - verwahrloste Häuser im Lübecker Stadtgebiet

Frau Menorca berichtet über verwahrloste Häuser im Lübecker Stadtgebiet und fragt nach, in wessen Zuständigkeit das liege. Herr Möller antwortet, dass man bei Privatgrundstücken fast keine Handhabe habe. Es müsse erst eine Gefahr für den öffentlichen Raum entstehen, um tätig werden zu können. Zuständig sei hier eher die Bauordnung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Mählenhoff stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:10 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Frau Mählenhoff stellt gegen 18:23 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Frau Mählenhoff schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

Lübeck, den 21. März 2016

Silke Mählenhoff
Vorsitzende

Maik Schneider-Wendt
Protokollführung